

Citation style

Schildt, Axel: review of: Sebastian Liebold / Frank Schale (eds.), Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden: Nomos, 2017, in: Neue Politische Literatur, 63 (2018), 2, p. 359-361, DOI: 10.15463/rec.806102926

First published: Neue Politische Literatur, 63 (2018), 2

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

fung, sondern auch der Rechtsprechung und der Rechtsumsetzung“ (S. 331). Loicks normativer Bezugspunkt stellt ein Recht dar, das als „Prozess kommunikativer Vermittlung“ (S. 330) gelten kann. In diesem Prozess sind die Subjekte zu jeder Zeit als Diskursteilnehmende adressiert, die das Recht generieren, auslegen und ausführen.

Dass diese Idee ebenfalls problematisiert werden kann, ist Loick bewusst. Er selbst verweist auf die Möglichkeit „diskursiver Herrschafts- und Exklusionsmechanismus“ (S. 335), die in dem partikularen Charakter hegemonialer Diskurspraktiken gründen können. Daher kann, so seine Antwort, eine sozialphilosophische Kritik „nur *experimentell* politisch handlungsleitend werden“ (S. 336, Hervorhebung im Original) und die „spezifische Praxis sozialer Transformation“ (S. 290f., Hervorhebung im Original), die zu einer „Relativierung [...] rechtlicher Regulierung“ (S. 291) führt, immer nur behutsam tastend agieren.

Dieser selbstreflexiven Replik lassen sich weitere Ausführungen zu denjenigen Ressourcen hinzufügen, die als notwendige Voraussetzungen der postjuridischen Rechtspraxis gelten können. In sozialphilosophischen Perspektive müssen nicht allein das Recht, sondern ebenso die enorm ungleich verteilten verschiedenen Kapitalsorten kritisch reflektiert und auf ihre subjektivierende Wirkung bezogen werden. In Anbetracht der Ausführungen Loicks in „Der Missbrauch des Eigentums“ (2016) sowie zum „Anarchismus“ (2017) ist anzunehmen, dass er sich der Notwendigkeit dieser Perspektiverweiterung bewusst ist. Grundsätzlicher als diese Anmerkung ist der Hinweis auf die von Loick skizzierte Verflüssigung und gleichzeitige Ausweitung des Rechts. Zum einen werden in Loicks Skizze des postjuridischen Rechts gewohnte institutionalisierte Rechtspraktiken in Diskurse aufgelöst; zum anderen werden diese Diskurse auf alle Mitglieder einer politischen

Gemeinschaft ausgedehnt. Dieser zweigleisige Prozess kann von den Mitgliedern als enorme Belastung empfunden werden. Der Spagat, den die experimentelle Transformation aushalten muss, besteht zwischen einer emanzipativen Zersetzung der juristischen Experten- und Expertinnen-Kultur und einer Über-Politisierung aller Rechtspraktiken. Zur Entfaltung der Probleme dieses Spagates bedarf es weitere Ausführungen. In Anbetracht der vorliegenden Schrift ist zu erwarten, dass Loick auch darauf überzeugend antworten kann.

Aachen

Markus Baum

Konservatismus in der BRD

Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hrsg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, 256 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Der Tagungsband „Neugründung auf alten Werten?“ präsentiert neun Beiträge, jeweils drei in den Abteilungen „Konservative Politiker“, „Konservative Akademiker“ und „Liberal-konservatismus und Nationalkonservatismus nach 1968“. Dabei gehen die Herausgeber, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker an der TU Chemnitz, zu Recht davon aus, dass das thematische Feld des Nachkriegskonservatismus „keineswegs ausgeforscht sei“ (Vorwort, S. 5). In seiner Einleitung zählt Frank Schale zu den offenen Fragen die nach den Motiven und Ursachen der Transformation, die das „hochideologisierte Denken der Zwischenkriegszeit in ein integratives bürgerliches Common-Sense-Denken“ (S. 23) übergehen ließen; welche Bedeutung dabei Restbeständen aus vorherigen Zeitschichten zukam; wie neue Konfliktlinien innerhalb des Konservatismus entstanden, und wie sich die Diskurse nach der Adenauer-Zeit veränderten.

In der ersten Abteilung erinnert Martina Steber an die Deutsche Partei (DP) als einzige Partei, die den weithin diskreditierten Begriff des Konservatismus hochhielt. Namentlich Hans Mühlenfeld und Hans-Joachim Merkatz arbeiteten publizistisch „am Begriff“ (S. 43) in Richtung einer „liberal-Konservative(n) Allianz“ (S. 49), die im Übertritt zur CDU endete.

Johannes Großmann skizziert die katholisch imprägnierte „abendländische Bewegung“ (S. 53) und sieht deren Ende in der Bundesrepublik nicht als „Ende einer ideengeschichtlichen Strömung“ (S. 70), sondern als erfolgreiche transnationale Aufhebung in organisatorischen Zusammenhängen, die von Spanien aus mehr oder weniger klandestin rechtskonservative Geister in Westeuropa sammelten. Allerdings erklärt dieses etwas überschätzte „„übernationale‘ Projekt“ (S. 61) nicht die finale Krise der westdeutschen Abendlandbewegung in der Bundesrepublik am Ausgang der Ära Adenauer.

Gründe für das Ende älterer Formen des Konservatismus scheinen hingegen in der biographischen Skizze des vormaligen Zentrumspolitikers und Bauernfunktionärs Andreas Hermes auf. Peter Becker zeigt, dass Hermes’ „agrarisches geprägter Konservatismus“ (S. 83) nicht mit der „eher am Konsumenten orientierten Agrarpolitik“ (S. 97) der Bundesrepublik zu vereinbaren war.

Als „konservative Akademiker“ werden in der zweiten Abteilung Arnold Bergstraesser (1896–1964), Carl Joachim Friedrich (1901–1984), und – nur auf den ersten Blick merkwürdig anmutend – Max Horkheimer (1895–1973) vorgestellt. Sebastian Liebold porträtiert mit informativen Aspekten einen der Gründungsväter der westdeutschen Politikwissenschaft, Bergstraesser, der wegen seiner teils jüdischen Abstammung 1933 die Universität verlassen musste und 1937 in die USA emigrierte. Über den „Fall Bergsträsser in Amerika“ (Claus Dieter Krohn) ist

viel gestritten worden, ein Beispiel für rechtskonservative Antidemokraten der Weimarer Republik, die aufgrund des nationalsozialistischen Antisemitismus aus der akademischen Gemeinschaft entfernt wurden. In den USA, so Liebold, eignete sich Bergstraesser die „Ideenwelt eines atlantischen Humanismus“ (S. 105) an. Die „Verschmelzung von deutschen literarischen Traditionen mit Eindrücken vom amerikanischen Geistesleben“ (S. 109) habe ihn als Intellektuellen für die akademische Szene in der Bundesrepublik passgerecht erscheinen lassen.

Der Beitrag von Frank Schale über Friedrich versteht sich als kritische Historisierung des als Ikone der Totalitarismustheorie verehrten Harvard-Professors, der in den 1920er Jahren aus Deutschland in die USA gegangen war. Interessant ist die Nachzeichnung der „demokratisch-freiheitlichen Uminterpretation“ (S. 138) des demokratieskeptischen Kulturpessimismus von Friedrich im und nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei er seine „liberale Geste peu à peu zurücknehmen“ (S. 143) sollte, als der Sowjetblock um 1960 immer stärker als bedrohliche Konkurrenz wahrgenommen wurde.

Magnus Klaue schildert in seinem Beitrag über den „wahren Konservative(n)“ (S. 155) Max Horkheimer in einem Interview von 1970, in dem „Spiegel“-Journalisten versuchten, ihn auf eine Linie mit Martin Heidegger zu bringen, der einige Jahre zuvor von Rudolf Augstein interviewt worden war (die Veröffentlichung erfolgte posthum 1976). Differenziert entfaltet Klaue daraus die Ansätze der Hochschätzung von Ehe und Familie und zitiert den Dioskuren der Frankfurter Schule: „Die kritische Theorie hat immer eine doppelte Aufgabe gehabt, das zu Verändernde zu bezeichnen und gewisse kulturelle Momente zu bewahren“ (S. 169).

Die Aufsätze über den Konservatismus nach 1968 sind stark an dem Gegensatzpaar „Liberalkonservatismus“ und „Nationalkon-

servatismus“ orientiert. Nils Lange präsentiert sein Dissertationsprojekt, eine Biographie des Publizisten Matthias Walden, der, vom RIAS kommend, schließlich – nach dem Tod von Hans Zehrer – zu einem wichtigen Berater des Medienmoguls Axel Springer avancierte. Zentral war in Waldens Überlegungen demnach der Begriff „staatsloyal“ (S. 182f.), mit dem er seine Rolle „als Hüter und Beschützer einer liberalen Demokratie der 1950er Jahre“ (S. 188) begründete. Hier gleitet die Darstellung allerdings in eine Weichzeichnung über, wenn der konservative „Kalte Krieger“ Walden mit der Selbstzuschreibung des ebenfalls konservativen Franzosen Raymond Aron als „liberaldemokratisch-konservativ“ (ebd.) geadelt wird.

Martin G. Maier zeigt demgegenüber auf, dass für viele Konservative in den 1970er Jahren gerade der Liberalismus „zur eigentlichen Bedrohung“ (S. 196) aufrückte. Dem auch im sprachlichen Ausdruck zu analysierenden Auseinandertreten eines moderaten „Liberalkonservatismus“ und eines „radikalen Konservatismus“ geht schließlich Tobias Bartels nach.

Der Band bietet interessante Einblicke in die Forschungsdiskussionen zum Konservatismus der Bundesrepublik, die plumpe Apologie und uninformierte Kritik längst hinter sich gelassen haben.

Hamburg

Axel Schildt

Vom „Wutbürger“ zum „Wutmenschentum“

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, 300 S., Metropol, Berlin 2016.

Der Begriff des „Wutbürgers“ ist schon etwas älter. Als ihn die Gesellschaft für deutsche Sprache 2010 zum Wort des Jahres kürte, stand nicht der gesellschaftliche und

politische Rechtsruck, sondern der Widerstand gegen den Bahnhofsneubau Stuttgart 21 Pate, der in der baden-württembergischen Landeshauptstadt tausende Menschen auf die Straße trieb. Der von den Medien gerne aufgegriffene Begriff sollte suggerieren, dass der Protest primär vom wohl situierten Bürgertum ausgegangen sei, was allerdings so nicht zutraf. Die meisten Teilnehmer entstammten dem linken und hier vor allem grünen Wählerspektrum und verfügten über zum Teil langjährige Demonstrationserfahrung.

Diese Feststellung ist wichtig, weil sie dem, was heute mit dem „Wutbürger“ assoziiert wird, diametral widerspricht. Die erstmals erfolgversprechende Herausbildung einer neuen Rechtspartei in Deutschland in Gestalt der 2013 gegründeten AfD und die Planierung des populistischen Terrains durch die Thilo Sarrazin-Debatte drei Jahre zuvor zeigen, dass der politische Protest inzwischen vorrangig von rechts ausgeht. Als Wählerprotest spielt sich dieser einerseits im Rahmen der verfassten Partizipationsformen ab. Andererseits greifen die gegen die gesellschaftlichen und politischen Eliten aufstehenden Bürger auf Aktionsformen zurück, die wir bisher vor allem aus dem linken Spektrum kannten. Hierunter fallen nicht nur Demonstrationen wie bei Pegida, sondern auch der Rückgriff auf die sozialen Medien. Gleichzeitig hat das seit der Wende bestehende hohe Niveau an rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten im Zuge der Flüchtlingskrise nochmals zugenommen und traurige Rekordwerte erreicht.

Der von dem bekannten Berliner Antisemitismusforscher Wolfgang Benz herausgegebene Band nimmt vor allem die Erscheinungsformen des Rechtsrucks in den Blick. Gezeigt wird, wie sich der „bürgerliche Zorn“ in Gestalt eines neuen Nationalismus im Allgemeinen (Peter Widmann und Sina Arnold/Sebastian Bischoff) und im Rahmen von Pegida (Gudrun Hentges) sowie der